

Internationales Clausewitz-Zentrum

CLAUSEWITZ-INFORMATION

2/ 2000

20021119 039



Führungsakademie der Bundeswehr

Hinweis des Herausgebers:

1. Clausewitz Gespräch am Internationalen Clausewitz-Zentrum der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 03. Februar 2000

Bürgermeister a.D. Hans Koschnick war langjähriger Präsident der Freien Hansestadt Bremen, als Abgeordneter des Deutschen Bundestages Mitglied des Außen- und des Verteidigungsausschusses, später europäischer Administrator der Stadt Mostar und Beauftragter der Bundesrepublik für die Flüchtlingsrückkehr und den rückkehrbegleitenden Wiederaufbau in Bosnien.

Schriftenreihe des Internationalen Clausewitz-Zentrums, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Clausewitz-Information - Heft 2 / 2000

ISSN 1615-1135

Herausgeber:

Führungsakademie der Bundeswehr, Internationales Clausewitz-Zentrum
Kapitän zur See Dr. Lennart Souchon
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Tel.: 040/8667-6500, Fax: 040/8667-6509,
e-mail: fueakbwhh@t-online.de

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave blank)		2. REPORT DATE 2000	3. REPORT TYPE AND DATES COVERED Series Publication	
4. TITLE AND SUBTITLE Frieden auf dem Balkan – politische Loesung und militaerische Absicherung Peace on the Balkan Peninsula: Political Resolution and Military Assurance			5. FUNDING NUMBERS	
6. AUTHOR(S) Hans Koschnick				
7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES) Internationales Clausewitz-Zentrum Fuehrungsakademie der Bundeswehr Hamburg			8. PERFORMING ORGANIZATION Report Number REPORT NUMBER Heft 2/2000	
9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES)			10. SPONSORING/MONITORING AGENCY REPORT NUMBER ISSN 1615-1135	
11. SUPPLEMENTARY NOTES Text in German. Title and abstract in German and English, 28 pages, ISSN 1615-1135, Heft 2/2000.				
12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT Distribution A: Public Release.			12b. DISTRIBUTION CODE	
ABSTRACT (Maximum 200 words) This paper, by the European administrator of the Bosnian city of Mostar, involves a recounting of his experiences and decisions in the Yugoslavian territories, as well as broach the perspectives that might obtain from a regional expert's analysis. Far from a scholarly paper, the text lacks footnotes, bibliographical references, and argumentative structure, but is rather an incitement to take part in the fate of the war-torn areas in Southeastern Europe. The text's value is as a pithy, yet ultimately superficial summary of multilateral European involvement, including that of the Catholic Church, in the former Yugoslavia, essentially in a journealese-friendly format.				
14. SUBJECT TERMS German, UNIBW, Yugoslavia, Balkan War, European Union, International peacekeeping, German foreign policy			15. NUMBER OF PAGES	
			16. PRICE CODE	
17. SECURITY CLASSIFICATION OF REPORT UNCLASSIFIED	18. SECURITY CLASSIFICATION OF THIS PAGE UNCLASSIFIED	19. SECURITY CLASSIFICATION OF ABSTRACT UNCLASSIFIED	20. LIMITATION OF ABSTRACT UNLIMITED	

NSN 7540-01-280-5500

Standard Form 298 (Rev. 2-89)
Prescribed by ANSI Std. Z39-18
298-102

**1. Clausewitz-Gespräch
am
Internationalen Clausewitz-Zentrum
03. Februar 2000**

Vortrag

Bürgermeister a.D. Hans Koschnick:

**„Frieden auf dem Balkan - politische Lösung
und militärische Absicherung“**

AQ F03-02-0232

**Reproduced From
Best Available Copy**

**Copies Furnished to DTIC
Reproduced From
Bound Originals**

Begrüßung

von

Oberst i.G. Dr. Udo Ratenhof

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Koschnick,
Herr Admiral, meine Damen und Herren!

Die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien und die Not der Bevölkerung sind schon längst, oder besser gesagt: wieder einmal, aus den Schlagzeilen der Medien verschwunden. Die Gewalt in Tschetschenien und innenpolitische Probleme bestimmen die Berichterstattung.

Doch sind sich nicht nur Experten darüber einig, daß der Unruheherd Balkan noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, unser politisches Denken und Handeln mitbestimmen, vielleicht sogar mitprägen wird.

Warum ist aber gerade der Einfluß dieser Krisenregion auf unsere Politik schon seit Beginn der Konflikte vor etwa zehn Jahren so evident und warum wird sich daran in Zukunft wohl auch nichts ändern? Warum beansprucht gerade der Balkan unsere permanente Aufmerksamkeit?

Die Frage beantwortet sich zunächst relativ leicht mit dem Hinweis auf die räumliche Nähe dieser Krisengebiete.

Die historische Dimension der schwelenden Auseinandersetzungen und die Jahrhunderte alte, geradezu traditionelle Einflußnahme von Mächten außerhalb der Region auf den Südosten Europas sind sicherlich ein weiterer Grund.

Seit Beginn der 90er Jahre und der Überwindungen der Spannungen zwischen Ost und West kommt jedoch ein weiteres Element hinzu: Der Balkan wird zum Gradmesser der Zusammenarbeit - böse Zungen behaupten auch: zum Experimentierfeld -

einer sich neu formierenden Staatengemeinschaft in Europa und ihrer sicherheitspolitischen Institutionen.

Konkreter ausgedrückt:

- die Frage, ob und wie in Zukunft die NATO und Rußland ihre Zusammenarbeit gestalten wollen, kann nirgendwo realitätsbezogener beantwortet werden als in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo;
- die Beantwortung der Frage nach dem Ausmaß der Eigenständigkeit einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem Fortbestand transatlantischer Bindungen wird ihre konkrete Ausgestaltung nicht zuletzt auf dem Balkan erfahren;
- der Wille der EU, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren, diese in die Tat umzusetzen und dabei die ost- und südosteuropäischen Staaten zu integrieren, wird sich auf dem Balkan verdeutlichen;
- die OSZE wird ihre Fähigkeiten zur Krisenprävention und zur Krisennachsorge und ihre Bedeutung im Aufgabenfeld regionaler Rüstungskontrolle vordringlich im ehemaligen Jugoslawien beweisen müssen.

Daß bei allen unterschiedlichen Interessen der handelnden nationalen und multinationalen Akteure und den sich daraus ergebenden vielschichtigen Problemen die nachhaltige Verbesserung der Situation der Bevölkerung dieser Region nicht nur ein frommer Wunsch bleiben darf, versteht sich von selbst. Einen dauerhaften Umschwung jedoch kurz- oder mittelfristig erwarten zu wollen, hieße aber wohl, die Komplexität der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation vor Ort und ihre Verbindung mit der „Großen Politik“ zu unterschätzen.

Eine Persönlichkeit, meine Damen und Herren, die sich trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten und Probleme nie davon abbringen ließ, schnell und konkret Hilfe für die Menschen in diesem Teil Europas zu leisten, und die nicht erst auf umfassende Lösungen - möglicherweise vergeblich - warten wollte, ist der Ehrengast unserer heutigen Veranstaltung.

- III -

Ihnen, meine Damen und Herren, Herrn Bürgermeister Koschnick eingehender vorstellen zu wollen, hieße Eulen nach Athen zu tragen. Wie nur wenige unserer Politiker genießt er wegen seiner Gradlinigkeit und Aufrichtigkeit Ansehen quer durch alle Parteien und in der gesamten Bevölkerung.

Wie kaum ein anderer ist Bürgermeister Koschnick in der Lage, uns zum Thema „Frieden auf dem Balkan - politische Lösung und militärische Absicherung“ kompetent vorzutragen und uns die unterschiedlichsten Dimensionen dieser Thematik darzustellen.

Sie, Herr Bürgermeister Koschnick, sind in partei-, landes- und innenpolitischen Dingen bestens bewandert. Sie waren jahrelang stellvertretender Parteivorsitzender der SPD und für gut drei Jahrzehnte auf landespolitischer Ebene tätig (zuletzt als Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Bremen und mehrmaliger Präsident des Bundesrates).

Sie sind aber auch mit der Außen- und Sicherheitspolitik wohl vertraut. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages waren Sie Mitglied des Auswärtigen- und des Verteidigungsausschusses.

Sie können daher nicht nur wie viele andere vom Hörensagen über Innen-, Außen- und internationale Politik sprechen, sondern Sie können deren Zusammenhänge und Wechselwirkungen auch aus eigener Erfahrung schildern.

Ab Mitte der 90er Jahre unmittelbar in der Balkanproblematik engagiert - zunächst als Europäischer Administrator der Stadt Mostar, später als Beauftragter der Bundesrepublik für die Flüchtlingsrückkehr und den rückkehrbegleitenden Wiederaufbau in Bosnien - verfügen Sie über die Fähigkeiten, die Krisen und Konflikte im Südosten Europa nicht nur umfassend zu analysieren, sondern auch deren Auswirkungen auf und deren Beeinflussung durch die Innen- und Außenpolitik der europäischen und nordamerikanischen Staaten sowie die sicherheitspolitischen Organisationen aufzuzeigen.

- IV -

Herr Bürgermeister Koschnick, wir freuen uns, daß Sie uns zu diesem für die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland so bedeutenden Thema vortragen werden.

Darf ich Sie nun bitten, zu uns zu sprechen.

Vortrag
von
Bürgermeister a.D. Hans Koschnick

**Frieden auf dem Balkan - politische
Lösung und militärische Absicherung**

Herr Admiral, meine Damen und Herren,

ich bedanke mich für diese Einladung.

Bitte künftig, wenn Sie wieder Bremer einladen, unser Land nicht mit Freie und Hansestadt zu bezeichnen. Dies „und“ obliegt nur Hamburg; Hamburg ist bedeutender als wir.

Zweite Bemerkung: Ob es mir gelingt, einen klaren Überblick zu geben über die Relationen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug auf Süd-Ost-Europa, wage ich nicht so zu behaupten. Aber eine Einbettung in die europäische Dimension, jedenfalls im Bereich der Europäischen Union, im ökonomisch-politischen, und bezüglich der WEU und der NATO im gesamtstrategischen Bereich, glaube ich, ist möglich.

Ich sage dies deshalb, weil wir Deutschen eigentlich bisher keine eigene Balkanpolitik wie in früheren Jahren entwickelt haben. Zwar gilt es in der deutschen Außenpolitik bestimmte Schwerpunkte neu zu nuancieren etwa ab 1944 und von daher resultiert die Notwendigkeit, neue Strukturen zu entwickeln, aber dennoch, und das halte ich für wesentlich, möchten wir die Fragen der Organisation, der Sicherung der Verhältnisse in Richtung auf Frieden und Entwicklung in diesem Raume lieber im Kontext mit den anderen europäischen Nachbarn und nicht alleine beantworten. Und dies aus einem Grund, den wir manchmal heute nicht mehr genau beachten, der aber wichtig ist, wenn wir uns über die Krise in Ex-Jugoslawien unterhalten, nämlich aus den Konsequenzen der 1989 gewonnenen deutschen Einheit.

Schon 1989 brodelte es in Jugoslawien. Bereits 1987/88 begann es: Die Übernahme der jeweiligen Medien durch die Republiken. Und dabei brachte das Spielen zu-

nächst der nationalen, später der nationalistischen Karte der Vergangenheit die jugoslawischen Republiken in Unordnung.

Der Westen war damals international wie europäisch nicht auf den Balkan fixiert.

International hatte der große Verbündete in Washington die Aufgabe, eine Koalition zusammenzubringen, um das Problem zwischen dem Irak und Kuwait im Sinne der Vereinten Nationen mit der amerikanischen Konzeption zu lösen und dabei genügend muslimische Staaten zu gewinnen, an der Koalition gegen den Aggressor Irak teilzunehmen. Das war einer der Gründe, warum Washington die Frage des Balkans gerne den Europäern überlassen wollte und deshalb am Anfang nicht daran interessiert war, sich hier einzumischen.

Die Europäer haben später die Amerikaner gebeten, zu helfen, weil sie alleine nicht mit den Problemen auf dem Balkan fertig geworden sind. Aber zunächst war klar, die Schwierigkeiten auf dem Balkan, in Jugoslawien, sollten europäisch gelöst werden. Doch die die Europäer waren damals vor allem auf Berlin fixiert. Nicht wir Deutschen allein waren dahingehend interessiert, die wir mit dem Angebot Gorbatschows, ernsthaft über eine deutsche Vereinigung zu sprechen, vor einer großen Aufgabe standen. Wir mußten erleben, daß wir nur einen Partner hatten, der eindeutig hinter uns stand, die Vereinigten Staaten von Amerika. Besonders darf man hier den damaligen Präsidenten, George Bush, erwähnen, der sehr nachdrücklich das Prinzip der deutschen Einheit als Problem des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in einem geteilten Lande vertrat.

Alle unsere Nachbarn sind damals dagegen nach Moskau oder Minsk gewandert, gepilgert, wo immer gerade Gorbatschow sich aufhielt, um ihn zu bewegen, den Weg der deutschen Einheit in dieser Phase noch nicht zu vollenden. Mitterand, Margret Thatcher, die Premiers von Den Haag und Kopenhagen, der Premier von Rom aber auch die von Prag und Warschau, sie alle haben ihre Besorgnisse angemeldet. Nicht damit wir weiterhin oder wiederum die Folgen eines verlorenen Krieges zu tragen hatten, sondern weil bei den europäischen Nachbarn nach zwei Großversuchen in Europa, über Deutschland Europa neu zu organisieren, bei Wilhelm II. und bei Adolf, die Angst bestand, eine großes vereinigtes Deutschland würde wie-

derum versuchen, die zwischenzeitliche gefundene neue europäische Struktur total zu verändern.

700 000 deutsche Soldaten standen damals unter Waffen, 400 000 im Westen, 300 000 im Osten. Zugegeben, die Zahlen stimmen nicht ganz, ich spreche von den Planzahlen. 700 000 deutsche Soldaten also unter Waffen.

Es gab damit mehr deutsche Soldaten damals als sowjetische in Mitteleuropa. Auch Amerikaner, Engländer und Franzosen hatten insgesamt weniger an Truppen hier stehen als wir Deutschen. Die Sorge, 700 000 deutsche Bewaffnete, nennen wir es einmal so, plus die starke ökonomische Ausstrahlung der Bundesrepublik, verbunden mit der damals noch gesehenen wirtschaftlichen Stellung der DDR im Weltmaßstab, hat Besorgnis hervorgerufen. Wir standen in der Rangfolge der wirtschaftlichen Mächte auf Platz 2 oder 3, in etwa mit Japan fast gleich. Wenn aber die DDR dazukäme, und damals hatte man die Vorstellung, die DDR steht günstigstenfalls auf Platz 7 und schlechtestensfalls auf Platz 11 der Weltrangliste, müßte Deutschland unangefochten die zweitstärkste ökonomische Macht auf der Welt werden.

Daß die Zahlen der DDR ein statistischer Irrtum waren, haben wir erst hinterher feststellen können. Aber damals, nach Meinung aller, auch nach unserer eigenen Auffassung, war das tatsächlich ein Problem. Und dieser neue deutsche Koloß, dessen militärische und ökonomische Macht, war die Sorge unserer Nachbarn.

Wir haben die Sorgen damals gemeinsam, Bundesregierung wie Opposition, reduzieren können. In einigen Fällen hat man uns vertraut und die Akzeptanz für die Wiedervereinigung wuchs, in anderen Fällen ist mehr nolens volens, manchmal murrend, der Prozeß der Vereinigung nachvollzogen worden.

Natürlich waren schon vorher Absprachen über Abrüstung, über Reduzierung der Truppen und andere Bereiche erzielt worden. Aber der entscheidende Punkt war, daß die damalige Regierung zusammen mit der Opposition unseren Nachbarn klar machen konnte, daß wir Deutschen keine Sonderrolle spielen, sondern im Rahmen bestehender Strukturen unseren Beitrag zum Aufbau eines gemeinsamen, möglichst größeren Europa, Europäische Union genannt, leisten wollen.

Keine Sonderrolle, das war das Entscheidende. Das ist das, was leider nie verdeutlicht wurde, auch später im Bundestag bei den Diskussionen über Einsätze im Kosovo nicht. Dies wäre eine Chance gewesen, deutlich werden zu lassen, daß eine andere Entscheidung, als die, die getroffen wurde, nämlich mit dem Bündnis gemeinsam zu handeln, bedeutet hätte wieder zu versuchen, eine Sonderrolle zu spielen, die wir gerade einige Jahre zuvor abgeschworen hatten.

Weil wir politisch keine Sonderrolle spielen wollen, haben wir uns bemüht, und das war noch eine Leistung von Helmut Kohl, in den Diskussionen über die neue Ordnung der europäischen Strukturen, in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam, zu einer gemeinsamen Position in der Außen- und Sicherheitspolitik zu kommen. Wohl wissend, daß das leichter geschrieben als umgesetzt ist. Denn wir Europäer haben zwar gemeinsame europäische Interessen, die wir auch in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik formulieren und realisieren können. Aber einige Partner in Europa haben auch noch weitere Interessen, die nicht notwendigerweise identisch sind mit den Interessen der meisten europäischen Staaten.

Frankreich hat das frankophone Afrika zu berücksichtigen, England hat Teile des früheren Empires zu beachten, weil alte Beziehungen noch da sind, und selbst Italien oder Belgien haben noch bestimmte spezielle Kontakte zum afrikanischen Kontinent. Kurzum, es gibt politische Verbindungen zu Ländern und Regionen außerhalb Europas, die Einfluß haben auf strukturelle Entscheidungen in der nationalen Außenpolitik und natürlich in der Sicherheitspolitik der Staaten der Europäischen Union. Schließlich sind in bestimmten Fällen europäische Staaten verpflichtet, für andere Teile der Welt mit geradezustehen. Die verschiedenen Verbände der Franzosen in Afrika und bestimmte Verbände der Engländer in anderen Teilen der Welt sind dafür ein Beispiel.

Dennoch, das Gemeinsame einer europäischen Sicherheitspolitik oder das Gemeinsame, so hoffe ich, in der europäischen Außenpolitik kann durchaus definiert werden. Es wird allerdings schwierig, wenn die Definition wieder nach alten klassischen Regeln früherer Politik erfolgt, wenn wir also immer wieder bei der Frage Europa in die Klamottenkiste der Geschichte greifen und uns von den Vorstellungen und Fehlern von gestern orientieren lassen, statt zu fragen, was sind die Aufgaben eines

neuen Europa. Das Aufzählen allein der Fehler früherer Politik hilft uns dabei wenig. Wir haben das gesehen, als in Europa die Entscheidungen zur Anerkennung von Slowenien und Kroatien, später von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien getroffen wurden.

Im Gegensatz zur vielfachen Darstellung, daß hier die damalige Bundesregierung, speziell Herr Genscher, die treibenden Akteure in diesem Prozeß waren, muß ich Sie darauf aufmerksam machen: Die Anerkennung von Slowenien und Kroatien war eine Entscheidung des Deutschen Bundestages, die fiel, nachdem vorher bei der Volksabstimmung im früheren Jugoslawien klar geworden war, in wie großem Maße die dortige Bevölkerung, sich auf die jugoslawische Verfassung mit dem Recht des Ausscheidens aus der Föderation berief und in eigenständigen nationalen Staaten leben wollten.

Die Bundesregierung stand noch im Wort, mit den anderen europäischen Staaten gemeinsam über die Anerkennung erst im Januar 1983 entscheiden zu wollen. Aber der Bundestag hat schon im Dezember 1982 verlangt, Slowenien und Kroatien - und später in Konsequenz Bosnien-Herzegowina und Mazedonien - endlich anzuerkennen, nicht etwa nur um dem ZDF oder der FAZ zu folgen - die allerdings auch eine meinungsbildende Rolle damals spielten -, sondern weil zu dem damaligen Zeitpunkt bereits eine kriegerische Auseinandersetzung in Kroatien stattfand.

Serbische Verbände standen schon 50 km vor Zagreb. Die Kraina hatten sich schon für unabhängig erklärt. Slawonien war schon überrollt, Vukova war vernichtet; alles das war schon geschehen. Es war also Krieg in Europa, aber immer noch formal ein Bürgerkrieg, weil es um den Bestand des jugoslawischen föderativen Staatsgebietes ging.

Mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien entfiel die Bürgerkriegseinschätzung, es war nunmehr ein Nationalkonflikt. Damit bestand die Möglichkeit, daß die Vereinten Nationen eingreifen konnten.

Wie „wirkungsvoll“ das Eingreifen der Vereinten Nationen auch war, fest steht, mit der Anerkennung dieser beiden Staaten und ihrer Mitgliedschaft zu der UN qualifi-

zierte sich die Auseinandersetzung zu einem nationalen Krieg, und damit ergab sich nach der Satzung der UNO auch die Möglichkeit der internationalen Mitbetrachtung und des Eingreifens durch den Sicherheitsrat.

Ich sage das deswegen so deutlich, weil ich gelegentlich in vielen Veranstaltungen höre, daß Genscher der eigentlich Treibende gewesen sei. In der Regel sagen das Vertreter der heutigen Regierung, doch ich muß darauf aufmerksam machen, daß in der Bundestagsentscheidung, mit Ausnahme der CSU, die geschlossen abgestimmt hat, auch CDU, SPD und Grüne die Anerkennung mit großer Mehrheit gefordert haben. 30 Abgeordnete, außerhalb der PDS, haben damals Bedenken angemeldet, auch wieder querbeet durch die Fraktionen, in der Regel Abgeordnete, die Jugoslawien kannten und zwei zentrale Fragen beantwortet wissen wollten. Erstens: Wie halten es die neuen Staaten, wenn sie selbständig sind, mit den Minderheiten im Lande? Und zweitens: Wie halten wir es mit der Einheit der europäischen Staaten? Gibt es einen Aufbruch alter Emotionen, wenn vorzeitig eine Entscheidung fällt?

Das ist dann auch so eingetreten. Uns wurde vorgeworfen, wir hätten die alten Kriegskameradschaften des I. und II. Weltkrieges wiederbelebt mit den Kroaten und Slowenen. Wir wiederum haben den Engländern und Franzosen bescheinigt, daß sie ihre alten Kriegskameraden des I. und II. Weltkriegs, die Serben, unterstützen würden. Achtzehn Monate haben wir danach gebraucht, um zu einer gemeinsamen neuen Antwort auf die Probleme auf dem Balkan zu kommen. Und da war schon viel Schreckliches passiert, da brannte es schon voll in Bosnien.

Dann allerdings, können wir sagen, sind die ersten gemeinsamen Konzeptionen für friedliche Lösungen auf dem Balkan entwickelt worden. Außenpolitisch zunächst. Militärstrategisch nicht, und ich darf vielleicht daran erinnern, daß noch 1993 und 1994, bevor ich nach Mostar ging, die Auseinandersetzung in der deutschen Politik über einen eventuellen militärischen Beitrag zur Sicherung des Friedens auf dem Balkan dazu geführt hat, daß sämtliche Generäle, die sich geäußert haben, auch ehemalige Führungsgeneräle aus dem II. Weltkrieg, gewarnt haben, deutsche Militärverbände nach Jugoslawien gehen zu lassen.

Ausgenommen Graf Kielmansegg. Er war der einzige, der genau das Gegenteil sagte, wir müßten eine Antwort finden, damit die Exzesse auf dem Balkan beendet werden.

Es hat ein Jahr gedauert, dann waren die Einschätzungen korrigiert. Korrigiert, weil wir erkennen mußten, daß alles das, was durch die UNO zwischen Kroatien und Serbien mit Waffenstillstandsverträgen erzwungen worden war, am Ende mit dem Konflikt in Bosnien wieder hinfällig wurde. Und als dort die Vertreibungen nicht aufhörten, als das Morden und das Schänden weiterging, war es fast eine notwendige Konsequenz, daß die UNO und mit der UNO dann die NATO, bestimmte Maßnahmen ergriff, um auch in Bosnien die Waffen zum Schweigen zu bringen.

Der Vertrag von Dayton, vielfach irrtümlich Friedensvertrag genannt, ist ein Vertrag, der zunächst Waffenruhe gebracht hat. Aus der Waffenruhe soll später Frieden wachsen. Aber wir werden, und das ist wichtig für die Diskussion über den Balkan, eins erkennen müssen: Wir können nicht mit militärischen Mitteln anderer Staaten Frieden erzwingen. Wir können nur erzwingen, daß nicht mehr gekämpft wird, daß nicht mehr gemordet wird, daß nicht mehr verjagt wird. Frieden muß wachsen in der Bevölkerung, die Menschen müssen bereit sein, aufeinander zuzugehen, um neue, eventuell auch alte Positionen friedlich zu bestimmen und ein friedliches Nebeneinander hinzunehmen.

Und so haben wir letztendlich erreicht, daß die Kriegshandlungen beendet wurden, daß die Militär- und Milizverbände reduziert, z.T. demobilisiert wurden, daß ein Teil der Waffensysteme aus dem Verkehr gezogen worden ist. Leider sind andere hinzugefügt worden, um ein Gleichgewicht zwischen Bosnien, zwischen Kroatien und Serbien herbeizuführen. Gleichwohl, wir haben sichergestellt, es wird nicht mehr gekämpft. Und aus der Ruhe des Nicht-mehr-Kämpfens und des Nicht-mehr-Verjagens entstand der zweite Schritt: Jetzt soll die Zeit kommen, daß die politischen Kräfte des Landes aufeinander zugehen, um Frieden zu organisieren.

Frieden aber ist mehr als Waffenruhe. Frieden ist nur dort, und ich sage das nicht nur als Christ, aber auch als solcher, ist nur dort, wo ich bereit bin, den Anderen in seinem Anderssein zu akzeptieren, mindestens ihn zu ertragen.

Dies aber ist nicht das Prinzip des Zusammenlebens der Völker auf dem Balkan. Noch ist der Andere in seinem Anderssein sozusagen vielleicht nicht mehr der Feind, aber derjenige, der mir Angst einjagt, und aus der Angst heraus organisiere ich meine eigenen politischen wie militärischen Strukturen. 70 - 80 % des Hintergrundes der Auseinandersetzung zwischen den Kroaten, den Serben, den Bosniern, später auch zwischen den Kosovaren im Kosovo, ist begründet in der Wiederbelebung alter Vorurteile, die z.T. längst abgestorben waren, und zur gleichen Zeit im Beleben neuer Angstmotivation.

Die jeweils nationalistischen Führer aus allen Republiken haben versucht, ihren eigenen Leuten in der Überbetonung der Vergangenheit das Syndrom des besonders Ausgezeichneten zu geben, und zur gleichen Zeit darauf hingewiesen, daß die anderen dabei seien, sie unterzubuttern, auszubeuten oder gar umzubringen.

Wer aber nicht ausgebeutet und nicht umgebracht werden will, wer für die Familie und für das Vaterland sich einsetzen will, muß zur Waffe greifen, um den Gegner zumindest aus seinem eigenen Bereich herauszubringen, um mal die vornehmste Formulierung zu finden. Man könnte auch sagen, ihn umzubringen, um Ruhe zu haben.

Dieses Angstsyndrom bewegt noch heute einen Großteil der Politik auf dem Balkan. Zwar weniger als noch vor geraumer Zeit, aber bei fast jeder neuen Wahl, die wieder aus demokratischen Grundsätzen angesetzt worden ist, erleben wir in Bosnien-Herzegowina, daß die jeweiligen nationalistischen Führer mit diesem Angstsyndrom die Menschen um sich scharen und sammeln, um gegen die andere Seite Front zu machen.

Angst, über Medien und über nationale Informationskanäle verbreitet, ist eine der Ursachen dafür, daß die Menschen so unfriedlich nebeneinander leben, obwohl sie zuvor viele Jahre gemeinsam gelebt haben und im Gegensatz zu unseren früheren politischen Beurteilungen auch über Jahrhunderte relativ friedlich nebeneinander lebten.

Der Balkan war nicht immer ein Pulverfaß. Er war Spielball zwischen Byzanz und Rom, später Spielball zwischen den europäischen Imperien. Aber nicht ein Pulverfaß zwischen den Bevölkerungen. Ich habe in Mostar, der Hauptstadt von Herzegowina, gearbeitet, in der es 400 Jahre lang keine nationalen Konflikte und keine religiösen Konflikte gegeben hatte, obwohl die Bevölkerung grob gesprochen zu einem Drittel aus Muslimen, zu einem Drittel aus Katholiken und zu einem Drittel aus Orthodoxen bestand.

Wenn es dort 400 Jahre lang ohne Gewalt ging, kann es nicht wahr sein, daß die Völker nicht mehr miteinander leben können. Oder wenn in Sarajewo, der Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina, 40 % der Bevölkerung fast in der dritten Generation, jedenfalls in der zweiten Generation, in Mischehen, katholisch, orthodox, muslimisch oder jüdisch lebte, und wenn die Menschen damit fertig wurden und Wege gefunden haben, ihr Leben zu organisieren ohne Gewalt, kann es auch nicht wahr sein, daß die Menschen fortan nicht miteinander leben können.

Die Menschen konnten dort nicht zusammenleben, wo sie in Insellagen nur unter sich waren und das andere als bedrohlich und feindlich gesehen haben. Nicht dort, wo die Bedrohlichkeit durch die Gegenwart begründet war, sondern durch Überlieferung. Dies ist einer der Faktoren, die wir in dem internationalen Krieg nicht hinreichend genug wahrgenommen haben.

Nicht, daß wir nicht hätten lesen können. Es gab Untersuchungen und Warnungen von Akademien, von Universitäten und von Forschungsinstituten. Aber glauben Sie einem Mann, der früher einmal in der Politik tätig war: Wir haben in der Regel diese gelesen, wenn die Entscheidungen gefallen waren und nicht vorher. Wir haben dann Begründungen gefunden für das, was wir vorher getan hatten oder was wir nicht getan hatten, aber wir haben uns in der Regel aus Zeitgründen nie die Zeit genommen, wirklich vorher tiefer in die Problematik einzusteigen.

Dies war der Grund, warum wir auch keine vernünftigen Antworten in Dayton gefunden haben. Dayton hat die Waffenruhe in Bosnien geschaffen und hat dafür gesorgt, daß ein Staatsverband formal zusammengehalten wird. Der Sprengsatz lag jedoch schon darin begründet, daß auf der einen Seite den Serben zugebilligt wurde, ein

eigenes Föderationsgebiet, die Republik Srbska, zu gründen und zur gleichen Zeit von Bosnien und Kroatien erwartet wurde, zusammen im anderen Föderationsgebiet leben zu müssen.

Dies hat zur Folge, daß die Kroaten bis heute sagen, wenn die Serben ihren eigenen Staat haben, warum nicht wir auch. Eine Frage, die nicht unbegründet ist. Die Form, wie man es heute noch durchsetzen will, halte ich für nicht begründet, aber die Frage als solche ist korrekt.

Wir haben nicht nur diese eine Schwäche hingenommen, sondern wir haben zweitens auch zugelassen, daß drei Armeen weiter in Bosnien-Herzegowina sind. Aber wer glauben kann, daß drei differenzierte Armeen, die gestern noch gegeneinander gekämpft haben, über Nacht, sozusagen in kameradschaftlicher Freundschaft, nebeneinander arbeiten können, hat die Realitäten der Welt nicht kennengelernt.

Wir schaffen es jetzt ganz allmählich in Bosnien-Herzegowina, die kroatischen und bosnischen Verbände zusammenzuführen, nicht mehr nur auf der Ebene der Divisionen und Korps, nicht mehr nur auf Bataillonsebene, sondern sogar schon tiefer gestaffelt. Ich würde sagen, in zwei Jahren kann eine bosnisch-kroatische, sozusagen eine Föderationsarmee entstehen.

Ob es uns bis dahin gelungen ist, die ersten wirkliche Veränderungen in den Militäreinheiten der Republik Srbska zu erreichen, damit es auch mit diesen zu einem Zusammenschluß kommt und wir uns nicht begnügen müssen, nur auf der obersten Stabsebene Gemeinsamkeiten zu entwickeln, weiß ich nicht.

Gelingt uns das aber - und ich denke hier in erster Linie an die EU, aber auch natürlich an die NATO -, gehe ich davon aus, daß, wenn wir auch in den Fragen der wirtschaftlichen Förderung, über die ich gleich sprechen werde, zu vernünftigen Lösungen kommen, das Verbleiben von internationalen Militäreinheiten in größerem Maße in Bosnien-Herzegowina in fünf, sechs oder sieben Jahren beendet ist.

Schon bis heute konnten wir 20 000 bis 30 000 Soldaten abziehen mit der Erkenntnis, daß es keine drohenden Probleme gibt. Man muß zudem wissen: Immer mehr

kleinere Staaten ziehen, ob wir es wollen oder nicht, ihre Truppen zurück, weil sie die Kosten des Auslandseinsatzes nicht mehr verkraften können. Am Ende wird es nicht unmöglich sein, daß praktisch nur deutsche, englische, französische oder vielleicht amerikanische Truppen auf dem Balkan stehen werden und vielleicht die Spanier aus anderen Gründen noch ihren Beitrag leisten, um zu dokumentieren, daß sie endlich mal im richtigen Bündnis sind.

Dennoch sind meine Sorgen nicht ausgeprägt groß über Bosnien-Herzegowina, was die militärische Seite anbelangt. Wenn es aber nicht gelingt, daß dieser Staat endlich in der Führung bereit ist, nicht jeweils Entscheidungen für die eigene Bevölkerungsgruppe allein zu treffen, sondern gesamtstaatliche Entscheidungen zu fällen, nützt uns das alles nichts, weil nämlich die Auseinandersetzung in der Bevölkerung nicht nur eine militärische ist. Man kann den Krieg auch weiterführen in den Köpfen, ohne ihn militärisch austragen zu lassen.

Als jemand, der Flüchtlinge zurückführen mußte, weiß ich wovon ich rede.

Man kann in vielen Fällen garantieren, daß die Truppenverbände oder Milizverbände nicht mehr handeln. Aber man kann nicht garantieren, daß der örtliche Bürgermeister nicht seine nationalen Schergen losläßt, in Zivil, um sie über die Nachbarn, die zurückkehren wollen, herfallen zu lassen und damit eine solche Angst erzeugt, daß andere nicht mehr kommen. Dies ist eines der Dinge, die den Frieden, falls es Frieden ist, auf dem Balkan gefährden.

Viel schlimmer aber als das, ist das Problem im Kosovo. Warum schlimmer? Schauen Sie, in Bosnien-Herzegowina haben sich Serben, Kroaten und Muslime in einem Aggressionsakt der Serben und später in einem Bürgerkrieg zwischen Kroaten und Muslimen gegenseitig bekämpft und im Gegensatz zu einem nationalen Konflikt die Konsequenzen von Bürgerkriegen unmittelbar erlebt. Ob der Krieg als solcher ein Bürgerkrieg war oder nur in Form eines Bürgerkrieges geführt wurde, ist dabei unerheblich.

Der entscheidende Unterschied für die Sicherheitspolitik in Europa in Bezug auf Bürgerkriege ist, daß im nationalen Konflikt die Wunden, die geschlagen werden,

überall gleich schmerzlich sind, die Opfer gleich groß sind, aber die Bereitschaft, über das Gestern und Heute hinwegzukommen mit einem Ziel nach Morgen, überall dort viel geringer ist, wo Bürgerkrieg getobt hat.

Weil im Bürgerkrieg nicht der anonyme Gegner, der Soldat, der für seine Flagge, für sein Vaterland, für sein System kämpft, steht, sondern ein Bekannter. Jemand, mit dem man gemeinsam im Kindergarten, in der Schule war, gemeinsam vielleicht beim Kommiß gedient hat, später gemeinsam im Betrieb war und in der gleichen Werksiedlung arbeitete. 20, 30 Jahre lebte man zusammen, plötzlich griff man zur Waffe und fiel übereinander her. Und plötzlich ist nicht mehr das Schicksal die eigentliche Frage, sondern: Warum hat der uns das angetan.

Mein Vater ist in Finnland gefallen, 1944. In der Familie war das Leid genauso groß wie überall dort wo es Tote in nationalen Konflikten gab. Auch haben wir den Krieg verflucht, der solche Opfer forderte. Dennoch konnten wir einem sowjetischen, russischen Soldaten nicht den Vorwurf machen, weil er im Kampf so gehandelt hatte. Wissen wir, ob der Soldat Koschnick nicht im militärischen Einsatz Lücken in russische Familien geschlagen hat. Wäre mein Vater aber erschlagen worden, von einem Kollegen im Betrieb, meine Mutter angefaßt worden von einem Nachbarn auf der Straße, meine Geschwister behelligt worden von Mitbewohnern des Hauses, würde ich über diese Tat völlig anders sprechen.

Dies ist das, was wir beachten müssen, für den gesamten europäischen Kontext: Frieden zwischen den Nationen, aber mehr noch Frieden in den Nationen, statt Bürgerkriegsauseinandersetzungen.

Der spanische König hat 1972, nachdem er den Putsch einer kleinen Einheit niedergeschlagen hatte, von den demokratischen Parteien Spaniens gefordert, sie könnten über alles sprechen in der Zukunft, nur über eins nicht: über den spanischen Bürgerkrieg. Er hat das 1972 gefordert mit der Begründung, die Wunden des Bürgerkrieges seien noch nicht geschlossen, der spanische Bürgerkrieg endete übrigens am 1. April 1939.

Wenn der spanische König praktisch 30 Jahre später noch immer von den Wunden eines Bürgerkrieges spricht, müssen wir auf dem Balkan daran denken, daß der Bürgerkrieg auch dort solange nachwirken kann. Wir brauchen deswegen sehr viel mehr Zeit, um Friedensgesinnung wachsen zu lassen, damit die Akzeptanz eines Andersseins entstehen kann. Und wir brauchen diese Zeit - jetzt immer noch, doch bald hoffentlich nicht mehr - mit den militärischen Verbänden als Absicherung, solange bis nicht mehr gekämpft wird, bis nicht mehr verjagt wird, bis es wirklich zivile Strukturen gibt, die es den Menschen ermöglichen, friedlich nebeneinander zu leben.

Ich würde noch nicht sagen, freundschaftlich miteinander leben; zwar muß ich, da ich theologisch ein wenig bewandert bin, das Gebot der Bibel „liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“, überall akzeptieren. Aber die Forderung der Feindesliebe ist weit schwieriger, sie ist nur theologisch zu verstehen bezogen auf die Gotteskindschaft, jedenfalls nicht auf die Probleme der Erde. Junge Pastoren pflegen ja auch zu sagen, als der Herr das sagte, kannte er deinen Nachbarn nicht. Das Problem ist die Feindesliebe. Das heißt, die Aussöhnungsprozesse brauchen Zeit.

Aber meine Damen, meine Herren, wie war es denn in Deutschland? Ich bin Jahrgang 1929. Ich habe noch das Leid der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostdeutschland, die wir aufzunehmen hatten, vor Augen, für die wir alle eingestanden sind. Es war nationales Schicksal, und sie konnten sich auf uns verlassen, daß wir für sie sorgten, für sie einstanden. Allerdings dann nicht, wenn sie unsere Wohnung wollten, wenn sie in unser Dorf wollten, wenn sie in unsere Stadt wollten. Aber ansonsten waren wir für sie da.

Das ist übrigens in Bosnien genauso bei allen drei Völkern. Zwischen dem prinzipiellen „Ja“ und den tatsächlichen Gegebenheiten gibt es erhebliche Unterschiede.

Dennoch, keiner hätte 1942 gedacht, wir würden in der Lage sein, in 50 Jahren mit den polnischen Nachbarn so zusammenzuleben, wie wir es heute tun. Und keiner hätte einem Polen gewagt zu sagen, er könne mit dem deutschen Nachbarn wieder zusammenleben. Doch heute sind wir im Rahmen der NATO, in gemeinsamen Verbänden verbunden, haben gemeinsame Konzeptionen.

Polen setzt auf Deutschland für den Beitritt in die Europäische Union. Wir möchten die Polen in der Europäischen Union haben; wir sind einer der wichtigsten Handelspartner für sie geworden. Und wir möchten auch im Kontext europäischer Sicherheit Polen und Ungarn sehr wohl dabei haben, nicht nur um die Grenzen, die Frontgrenzen, zu verschieben, sondern um insgesamt ein europäisches Bewußtsein für eine gemeinsame Entwicklung - auch im Kulturellen - möglich zu machen.

Wenn wir 50 Jahre brauchten, um zu einem Prozeß der Aussöhnung zu kommen, der jetzt ganz allmählich greift - da gibt es immer noch ein paar Probleme -, können wir doch nicht erwarten, daß in Bosnien oder auf dem Balkan in 5 Jahren oder gar wie im Kosovo nur in 5 Monaten alles geregelt ist. Wir müssen uns auf andere Zeiträume einstellen, wenn wir fragen: Wann ist Frieden?

Nicht auf längere Zeiträume müssen wir uns einstellen bei der Frage, bleibt es bei einer gesicherten Waffenruhe? Da sage ich ja, mit Ausnahme von Serbien und Kosovo, und zwar aus einem Grunde, der vielfach nicht gesehen wird.

Die strittigen Völker in Bosnien-Herzegowina oder in Kroatien haben alle die gleiche Ethnie. Da fanden keine ethnischen Vertreibungen statt, es gab nationalistische Vertreibungen.

Auch die Muslime in Bosnien-Herzegowina sind von der Ethnie her Slawen. Sie waren früher nur in einer anderen kirchlichen Struktur organisiert, waren Arianer, Bogumilen, haben die Dreifaltigkeit nicht akzeptiert und sind deshalb von Byzanz und Rom so unter Druck gesetzt worden, daß sie in ihre Freiheit geflohen sind, nämlich in den Islam. Weil es dort die Dreifaltigkeit, die sie nicht akzeptierten, nicht gibt. Sie hätten auch jüdisch werden können, denn auch dort kennt man die Dreifaltigkeit nicht. Aber sie sind dennoch von der Abstammung her Slawen.

Diese Völker haben fast die gleiche Sprache. Die Unterschiede zwischen Bosnisch, Serbisch und Kroatisch oder Serbokroatisch als Kunstsprache sind geringer, als wenn sich ein dithmarscher Bauer mit dem oberfränkischen Bauern auf hochdeutsch unterhält. Ich betone hier: auf hochdeutsch. Es sind leichte Dialektformen auf dem Balkan, einige wenige Worte, die anders sind. Das heißt, die Grundbedingungen,

um Aussöhnung zu erreichen, um zum Frieden zu kommen, nämlich daß man sich untereinander verständigen kann, daß man kommunizieren kann, sind vorhanden.

Genau das gibt es im Kosovo nicht. Die Kosovaren sind Illyrer, sind Albaner, haben eine ganz andere Sprache als das Serbische oder Serbokroatische. Und da sie 1989 durch die Entscheidung von Milosevic aus ihrem bis dato vorhandenen verfassungsmäßigen Status als autonome Republik mit eigenen Rechten und eigenen Pflichten herausgeholt und sozusagen mit Gewalt in die serbische Struktur gepreßt worden sind, war ihre damalige Entscheidung, die sie bis heute durchhalten: Wer aus unserem Volke die Sprache des Unterdrückers spricht, ist ein Hochverräter oder ein Landesverräter.

Und die Antwort der Serben war, wenn die Albaner nicht serbisch sprechen wollen, werden wir nicht albanisch sprechen, denn das sind Separatisten. Und deshalb gibt es seit 1989/90 keine unmittelbare Kommunikation mehr zwischen den Bevölkerungsteilen.

Aus den Betrieben wurden alle Albaner entfernt, die nicht serbisch sprachen. Nationalbewußt wie sie waren, haben sie sich entfernen lassen, haben eine zivile Untergrundstruktur aufgebaut mit Schulen, Krankenhäusern und anderen Bereichen und diese von draußen finanzieren lassen, von Albanern, die im Ausland waren.

Die Spaltung zwischen den Bevölkerungen ist größer, als wir uns das vorstellen können. Wenn Sie mit unseren Soldaten, mit unseren Offizieren sprechen im Kosovo, dann wissen Sie, wo das Problem ist. Haben Sie den falschen Dolmetscher, gibt es schon die ersten Schwierigkeiten. Die große Problematik ist die Abrechnung. Wenn wir sehen, was Haß und Gewalt und die Reaktion darauf erzeugen, früher mal zu Lasten der Albaner, heute zu Lasten der Serben und aller anderen, die dort leben, wird deutlich, daß wir uns in einer Phase der absoluten Auflösung jeder rechtsstaatlichen Struktur befinden, die es dort in dem Umfang, den wir gewohnt sind, zudem auch so nie gegeben hat.

Wenn es also nicht dazu kommt, daß die Menschen wieder ein Gespräch miteinander suchen, wird die Frage der Aussöhnung und damit eines einvernehmlichen Zu-

sammenlebens zwischen den Völkern auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Und ich sage Ihnen aus meiner Erfahrung, das ist dort auf absehbare Zeit nicht möglich.

Ich stelle mich darauf ein, daß wir, wenn wir erreichen wollen, daß dort nicht mehr gekämpft wird und die Brandherde des Krieges erlöschen, gemeinsam als Europäer, ob mit oder ohne Amerikaner, im Kosovo lange Zeit engagiert sein werden, um neue Kampfhandlungen zu vermeiden, für einen Zeitraum, nun sagen wir einmal, um es kurz zu machen, wie UNO-Truppen auf Zypern stehen. Das ist keine positive Perspektive, aber immer noch eine bessere Perspektive als zuzusehen, daß dort ein neuer Krieg beginnt.

Wenn schon ein wichtiger deutscher General, der Chef der KFOR-Truppen, in einer öffentlichen Kritik zu Recht darauf hinweist, daß wir auch im Interesse der Sicherheit unserer Truppen, die wir dort stehen haben, nur dann weiterkommen können, wenn zivile Strukturen im Kosovo aufgebaut werden, wenn die Einrichtung von Polizei, von Justiz und Verwaltung und von anderen Bereichen möglich wird und dafür Mittel zur Verfügung gestellt werden, doch daß es heute nach 6 Monaten für den gesamten zivilen Bereichen weniger Geld gibt, als ein Tag Kosovo-Krieg gekostet hat, dann wissen wir, vor welchen Fragen wir stehen.

Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir Geld ausgeben wollen für den Frieden und damit auch zum Schutz unserer Truppen dort oder ob wir weiter zusehen wollen, daß die Gewalt erneut aufflammt, weil wir am Ende nicht genau wissen, wie die Entscheidungen der westlichen Staaten aussehen werden. Denn bei aller Bereitschaft, sich in Europa außenpolitisch und sicherheitspolitisch zu verständigen, im Rahmen der NATO haben wir einen großen Partner, den wir beachten müssen.

Ich habe gar keine Befürchtungen, daß wir uns etwa mit dem Pentagon nicht verständigen können. Aber ich bin nicht ganz sicher, ob das Pentagon sich immer verständigen kann mit dem Weißen Haus und noch weniger, ob es sich verständigen kann mit den Sicherheitsberatern des amerikanischen Präsidenten, die nämlich bei ihren Entscheidungen eben nicht nur Europa sehen dürfen oder andere Teile der Welt, sondern sehen müssen, daß die Innenpolitik die Voraussetzung dafür schafft, daß der Präsident in Ruhe arbeiten kann.

Der amerikanische Kongreß ist was Demokratie und Rechtschaffenheit und Rechtsstaatlichkeit anbelangt kein Problem. Die Frage aber ist, ob er weiter die Auffassung vertritt, als Weltführungsmacht Ordnung in der Welt zu halten oder den amerikanischen Einfluß auf den großen amerikanischen Kontinent einschließlich des südamerikanischen Kontinents zu reduzieren, also die anderen Bereiche außen vor zu lassen.

Wir müssen deswegen in Europa auf der einen Seite wissen, was wir im Bündnis mit den Amerikanern gemeinsam wollen, und auf der anderen Seite eigenständige Antworten geben, damit wir nicht abhängig werden von zufälligen (Wahl-)Entscheidungen, die jetzt im November etwa in Amerika drohen. Ich sage das nicht als irgendeine Warnung und Drohung an Washington, sondern als Problemdarstellung unseres eigenen Selbstverständnisses.

Wie problematisch das nämlich ist, dieses Selbstverständnis, das können Sie daran erkennen, daß wir, nachdem die europäischen Nationen es alleine nicht geschafft hatten, ihre Vorstellungen von der Beendigung des Krieges in Bosnien-Herzegowina wirklich zu realisieren, formal die UNO aber tatsächlich die NATO brauchten, um die Kampfhandlungen zu beenden.

Die Amerikaner haben sich damals sehr gewehrt, nach Europa zu gehen. Keine Bodentruppen, notfalls Luftwaffe und nur Verfügungstellung der technologischen Struktur der NATO, das waren damals die amerikanischen Überlegungen. Und die Meinung der Europäer, es geht nicht ohne die Amerikaner auch am Boden, in Bosnien, auch in Slawonien, hat dazu geführt, daß die Amerikaner eine Forderung stellten, über die wir nicht lange nachgedacht haben, sondern ihr zustimmten. Sie wollten nur nach Europa kommen, wenn die Russen mitmachen. Sie wollten nicht mit der anderen Nuklearmacht wegen Bosnien Probleme bekommen.

Tito hat es geschafft, in 50 Jahren die Russen von der Adria wegzuhalten, wir haben es geschafft, sie in 18 Monaten herzuholen!

Für die Russen war der Auflösungsprozeß im Kosovo jedoch anders als der die im übrigen Jugoslawien. Das Problem ist, daß der Kosovo für Serbien das gleiche ist

wie Tschetschenien für Rußland. Die Russen konnten also im Interesse ihrer eigenen Position - bei den Chinesen geht es um Tibet - nicht akzeptieren, daß irgendwo eine Provinz, wie sie es verstehen, aus dem Staatsverbund herausgesprengt wird, anders als im übrigen Jugoslawien, wo Republiken zur Diskussion bei der Auflösung der Föderation standen. Die Versuche, die Russen aus dem Kosovo ganz rauszuhalten, sind dann auch gescheitert, und wie Sie wissen, ist im Augenblick das Verhältnis mit den russischen Truppen auch im Kosovo hinnehmbar, z.T. gut, jedenfalls dort, wo sie sich auf deutsche Soldaten stützen müssen.

Es gibt einen neuen Ansatz, der dazu beitragen kann, das Klima zwischen Moskau und der NATO zu verbessern. Dennoch, stellen wir uns darauf ein, daß wir Frieden in Süd-Ost-Europa im wahrsten Sinne des Wortes nicht bekommen werden, bevor die Kosovofrage geklärt ist.

Und das ist das Problem: Wo sind die politischen Lösungen? Wo sind die Antworten und wie müssen sie abgesichert werden?

Eines ist richtig, wir werden nicht wieder eine Balkankonferenz bekommen wie in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, wo die Großmächte allein entschieden haben, was auf dem Balkan passiert. Kosovo ist ja ein Problemergebnis aus den damaligen Entscheidungen, spätestens von 1910 und 1911. Wir werden Lösungen nur anbieten können, die auch mitgetragen werden von breiten Schichten der jeweiligen Bevölkerung, mindestens in den Führungsschichten der Bevölkerung.

Und diese Lösung, die sich für den süd-ost-europäischen Raum anbietet, ist nicht mit Diplomatie allein zu haben, sondern sie verlangt erhebliche ökonomische Anstrengungen. Nur dann, wenn die Interessenlage der Bevölkerung im Ökonomischen für den Gesamtstaat und für die einzelnen Familien perspektivreich entwickelt werden kann, wird es eine Chance geben, diesen Raum mit neuen stabilisierenden Ordnungselementen zu versehen.

Ein Ordnungselement wird jedoch nicht greifen, nämlich aus der Republik Serbien die Provinz Kosovo herauszusprengen, wie es der Wunsch der Kosovaren ist, und selbständiger Staat zu werden. Dies geht deshalb nicht, weil die Vereinten Nationen

1945 gegründet wurden mit der eindeutigen Position, nie wieder zuzulassen, daß von außen ein Staat aufgeteilt wird oder teilweise gesprengt wird. Das böse Beispiel 1932 aus China die Mandschurei oder Mandschukuo herauszusprengen, um einen Satellitenstaat der Japaner zu errichten, 1935 wurde Abessinien, heute Äthiopien, geschluckt von Italien. Die Eingriffe in den Bürgerkrieg in Spanien gegen die eindeutige Entscheidung des Völkerbundes durch Mussolini und Hitler, kurzum alles Ereignisse, die 1945 gesehen worden sind und die klar machten, dies würde die neue Weltgemeinschaft nie wieder zulassen.

Die Integrität der Staatsgrenzen eines Mitgliedslandes sollte unabdingbar sein und nur verändert werden aus dem Inneren durch die eigene Bevölkerung, aber nicht durch äußeren Druck. Wenn dies Prinzip bleibt, dann können die Vereinten Nationen, die heute zuständig sind für den Kosovo, ein Absprengen nicht vertreten. Und wir finden auch in der Vollversammlung, im Sicherheitsrat keine Anträge zu dieser Frage; zudem erleben wir auch in den europäischen Ländern, daß kein Politiker den Wunsch äußert, einen solchen Weg einzuschlagen.

Auf der anderen Seite aber ist die andere Schlußfolgerung „zurück nach Serbien“ genauso wenig möglich. Es wird diese Form des Zusammenlebens in alter Form nicht geben können. Also bleibt eine dritte Frage: Gibt es neue Ordnungselemente, die so sind, daß die einen wie die anderen mitspielen können? Den Versuchen, Kosovo sozusagen zum dritten Republikstaat zu machen in einer neuen Föderation Jugoslawien, wird heftig widersprochen, vor allem von Montenegro, weil sich dann die Sonderstellung von Montenegro relativieren würde.

Ob die Staatengemeinschaft es dennoch tun wird oder nicht, weiß ich nicht. Jedenfalls muß man die Position Montenegros beachten.

Eine andere Antwort wäre allerdings möglich, und darüber wird ernsthaft in den politischen thinktanks nachgedacht. Kann man nicht für den gesamten Balkanraum - wobei ich bewußt Slowenien ausschließe, Slowenien ist kein Balkanland, es ist ein Voralpenland - eine Gesamtorganisationsstruktur finden, wie wir sie gefunden haben in der Europäischen Gemeinschaft Ende der 50er Jahre, in der die Grenzen nicht mehr Aus- und Abgrenzungsposition sind sondern Definition von Kultur und

Rechtsstrukturen und sie durchlässiger machen für Menschen, Waren und Beziehungen, bei denen letztendlich gemeinsame Institutionen entstehen, in denen man Gesamtinteressen gemeinsam vertritt.

Wenn das möglich wird, ist das Problem der Serben und der Kosovaren völlig anders zu lösen. Die Idee mit dem Balkanstabilitätspakt ist, den ersten Anfang dazu zu machen und den gesamten Raum in die wirtschaftliche Lösung einzubinden. Deshalb es ist ja nicht nur das frühere Jugoslawien, es sind auch Bulgarien und Rumänien einbezogen; die Griechen melden sich gleichermaßen, mal sind sie ein Balkanstaat nach griechischer Auffassung, mal sind sie's nicht. Aber in diesem Falle sind sie's wieder, um sozusagen im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr zu erreichen, daß die Infrastruktur für den ganzen Raum des Balkans entwickelt werden kann.

Nur die Staaten sollen öffentliche Förderungen durch Europa und die Weltgemeinschaft erfahren, die bereit sind, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Die Grenzüberschreitung ist am ehesten darzustellen in Fragen der konkreten Infrastruktur: Eisenbahn, Autobahn, Verkehrswege, Wasser, Strom usw. Wenn die nicht abgeknippt werden können an den jeweiligen nationalen Grenzen, sondern ein Teil unzerstörbarer Gesamtstruktur sind, entwickelt sich die Wirtschaft in diesem Bereich unter Bedingungen, die ohne Gefährdung der eigenen Sicherheit später nicht mehr unterbrochen werden können. Wenn das passiert, wenn sozusagen ein ökonomisches Bündnis so stark ist, daß die eigenen Interessen ein Auseinanderbrechen verhindern, dann wird es auch möglich sein, Fragen der politischen oder der kulturellen und politischen Zusammenarbeit zu beantworten.

Der Auftrag einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist also zu versuchen, soviel Verknüpfungselemente aufzubauen und zu realisieren, daß ein Auseinanderfallen dieser Kooperation zu einem nachhaltigen Schaden für jedermann führt, der sich an der Auflösung beteiligt.

Nun kann man sagen, daß ist ja alles ganz gut und schön, aber letzten Endes gibt es noch alte nationale Abrechnungen. Ich bin davon nicht ganz überzeugt. Ich habe nun über 5 ½ Jahre unmittelbare Begegnungen auch mit den politischen Führungs-

kräften in dieser Region gehabt, ob es in Kroatien, ob es in Bosnien war, auch in Serbien, da war es etwas schwieriger. Ich war im Kosovo einige Male, ich kenne Mazedonien und weiß auch, was in Griechenland los ist. Aber es gibt natürlich ein paar Dinge, die noch geklärt werden müssen, worauf wir noch keine Antwort haben.

Im Rahmen einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik stellt sich die Frage, was ist überhaupt Europa. In Fragen der Sicherheit können wir Europa relativ einfach definieren, da können wir zurückgreifen auf de Gaulle: Ein Europa vom Atlantik bis zum Ural.

Im geistigen Europa ist das ein Problem, weil wir in Europa zwei große Denkstrukturen haben, die sich im Augenblick gelegentlich widersprechen: etwa die Denkstrukturen, die sich nach der Reformation und nach dem Konzil von Trient in Mittel- und Westeuropa entwickelt haben, mit der klaren Formulierung der individuellen Eigenverantwortung vor Gott und den Menschen, wie wir es auch im Grundgesetz sagen. Und die Denkstrukturen im orthodoxen Bereich.

In der Orthodoxie ist der Bestand dessen, was sie national und kirchlich erreicht haben, nur durch die Gemeinschaft möglich gewesen. Da es nie im orthodoxen Bereich wie in Rom eine Zwei-Schwerter-Lehre gab, hier die weltliche Macht, da die geistliche Macht, sondern sich die Kirche immer um den Kaiser, um die Nummer 1 im Staatswesen, konzentrierte oder später um den Zaren, manchmal sogar um den Generalsekretär der kommunistischen Partei. In diesen Strukturen gibt es ein anderes Denken, ausgedrückt im slawischen „mir“: Friede gleich Gemeinschaft. Und die Gemeinschaft gewährleistet sozusagen die Sicherheit gegen den Ansturm antichristlicher Kräfte, Mongolen, Tataren oder Muslime. Hier ist das Denken in der Frage Gemeinschaft oder individuelle Verantwortung anders ausgeprägt als im übrigen christlichen Bereich. Das muß kein Gegensatz sein, aber es ist auch keine Gemeinsamkeit.

Gerade in diesen Bereichen gibt es ein paar belastende Elemente der Geschichte, auf die wir keine Antwort finden. Der Heilige Synod, also die Synode der griechisch-orthodoxen Kirchen, hat vor nicht einmal drei Monaten einstimmig beschlossen, die griechische Regierung aufzufordern, den Papst, wenn er in diesem Jahre Griechen-

land besucht, nur als Präsident des Vatikans zu empfangen, nicht in seiner geistlichen Funktion als Papst und Bischof von Rom, weil zwischen der Orthodoxie und Rom immer noch das Jahr 1204 steht, für das sich Rom nicht entschuldigt hat. 1204, das Jahr des vierten Kreuzzuges, als die Kreuzfahrer nicht nach Jerusalem gezogen sind, sondern Byzanz geplündert haben, das Griechische eliminieren wollten und das Lateinische eingeführt haben.

Dieses 1204-Syndrom hätten Sie bei der 2. ökumenischen Versammlung in Graz genauso erleben können, als die Kirchen versucht haben zusammenzukommen. Dort hat der armenische Patriarch die Berufung in der Orthodoxie auf diesen Zeitpunkt erklärt und die Forderung erhoben, dies müsse noch bereinigt werden. Der Glaube, in diesem Jahr 1204 sei Byzanz so geschwächt worden, daß anschließend die anti-christlichen Mächte nach Europa kommen konnten, ist das Element des Denkens in der gesamten Orthodoxie, mit Ausnahme von Rumänien.

Deshalb gibt es so gut wie keine Ökumene zwischen Orthodoxen und anderen Christen.

Aber ich persönlich glaube an einen Annäherungsprozeß, denn ich habe gesehen, daß bei der Eröffnung der letzten Heiligen Pforte im Petersdom auch ein Metropolit aus Konstantinopel, jetzt Istanbul, dabei war, so daß die Orthodoxie auch beim Ablauf des Heiligen Jahres 2000 beteiligt ist. Es kann sein, daß bei der großen Entscheidung, die der Papst sich vorbehalten hat, in diesem Jahr noch zu einigen Fehlentwicklungen früherer Jahrhunderte sein „mea culpa“ zu sagen, auch dazu etwas verlautet wird. Das könnte sehr hilfreich sein für ein Denken in einem gemeinsamen Europa. Und das Zweite ist: Wir werden neu bedenken müssen, auch in der internationalen Politik, wie lange es noch weitergehen soll, daß, wann immer wir mit griechischen Führungspersonlichkeiten aus der Kultur, aus dem Geistesleben und der Politik über Europa sprechen, unsere griechischen Partner darin immer noch Byzanz sehen und ganz bewußt nicht Rom.

Allerdings: Wir sind gemeinsam in der Europäischen Union, wir sind gemeinsam in der NATO, und das Problem dieser anti-römischen Affekthaltung, das nehme ich nicht ganz so ernst. Auch unsere norwegischen Freunde haben zweimal ihre Ab-

stimmung über einen Beitritt zur EU verloren, weil in den großen Tälern Norwegens gesagt wird, wir wollen nicht, daß der Papst in Norwegen regiert. Das nehmen wir einfach hin.

Ich sage, wir haben noch Probleme, die wir lösen müssen, die im geistig-kulturellen Bereich gelöst werden müssen und nicht allein mit der Definition von Außen- und Sicherheitspolitik. Aber wir müssen sie kennen, weil es unbedingt wichtig ist zu erfahren, welche Stimmungen ein Volk trägt. Diese müssen nicht wahr sein, aber sie beeindrucken die politischen Führungen und sie beeinflussen ungemein politische Entscheidungen. Deswegen müssen wir, wenn wir über Süd-Ost-Europa und über den Balkan sprechen, wissen: Es geht nicht nur um Ex-Jugoslawien, sondern es geht auch um die Frage, was wird aus Albanien, dem ärmsten Land in diesem Bereich. Auch dafür brauchen wir Antworten.

Einen Teil von Antworten haben die Europäer versucht zu geben, die Italiener basierend natürlich auf ihren alten Beziehungen. Die Griechen entwickeln neuerdings auch offenere Positionen zu ihren Nachbarländern einschließlich Mazedoniens. Es kann sein, daß da Perspektiven entstehen, aus einer ökonomisch-kulturellen Zusammenarbeit neue Formen der Verständigung europäischer Politik zu gewinnen, die aber auf jeden Fall abgesichert sein müssen durch militärische Sicherungsmaßnahmen.

Diese militärischen Sicherungsmaßnahmen sind relativ einfach zu planen, wie auch der Kosovo-Einsatz eigentlich einfach zu planen war, nur wollten die Politiker nicht hören, was die Militärs ihnen gesagt haben. Denn von vier Optionen sind nur zwei genutzt worden. Die Tatsache, daß man wichtige Emissäre zu Milosevic geschickt hat, um mitzuteilen, wir werden auf keinen Fall Bodentruppen einsetzen, hat es ihm erlaubt, seine Truppen so zu dislozieren, daß wir sie aus der Luft nicht mehr erwischen konnten. Die Tatsache, daß wir Einsätze nur aus 5000 m Höhe flogen, war wichtig für unsere Soldaten, aber leider nicht wichtig genug für die Zielgenauigkeit ihrer Waffen.

Daß wir dann anschließend die zivile Infrastruktur in Serbien zerschlagen haben und heute wieder aufbauen müssen, ist eine Frage spezifisch politischer Klugheit, formu-

lieren wir es einmal so, und da haben wir noch Probleme. Es waren andere Vorschläge gemacht, doch die Politiker haben nein gesagt. Die Amerikaner konnten nicht weiter gehen, weil der Kongreß Bodeneinsätze eindeutig verboten hatte, und unsere Politiker wollten auch nicht vor die Parlamente treten und von Bodeneinsätzen sprechen.

Ich wollte zwar auch keinen Bodeneinsatz, aber ich wollte mir dafür die Option nicht nehmen lassen, sozusagen den Burschen in Belgrad nicht die Gelegenheit geben, über ihre Dislozierung zu entscheiden.

Lernen wir daraus, daß wir eine europäische Sicherheitsordnung nur mit Wahrhaftigkeit durchsetzen können und uns nicht noch einmal von einem Tag zum anderen wegen offener Wahlaussichten über Probleme wegmogeln können.

Wir werden offen reden müssen. Das ist leichter gesagt als getan für jemanden, der inzwischen aus dem politischen Leben ausgeschieden ist, viel leichter als für einen, der noch was werden will. Dennoch kommen wir um die Frage der Wahrhaftigkeit nicht herum. Denn wenn wir darauf keine richtigen Antworten finden, werden wir auch keine richtigen Antworten auf die Frage finden, wie muß das Verteidigungsinstrument für Europa aussehen? Müssen wir eigentlich in allen Staaten die gleiche Art von Truppen haben oder können wir da differenzieren, können wir die Mittel anders bündeln?

Das geht aber alles nur, wenn wir eine gemeinsame Konzeption haben. Diese gemeinsame Konzeption schaffe ich nicht allein im verschlossenen NATO-Rat, nicht allein im Zusammenklang zwischen Verteidigungsminister und Außenminister oder den Regierungschefs. Sie muß abgesichert werden durch die parlamentarischen Gremien eines demokratischen Staatsverbundes und von daher ist Offenheit angesagt.

Wir sind heute noch nicht soweit. Und erwarten Sie bitte auch nicht die Offenheit in ein oder zwei Jahren. Was wir können, ist aus den frühen Beratungen über eine gemeinsame Strategie in Europa - mehr ist ja zunächst einmal die gemeinsame Außenpolitik noch nicht - allmählich zu versuchen, gleiche Planungselemente zu erhal-

ten und von den Planungselementen auch die gleichen Entscheidungen zu beeinflussen.

Die Risiken, die in einer differenzierten und sich auflösenden Position weiterbestehen für Europa, sowie die noch größere Schwierigkeit, jedesmal angewiesen zu sein auf den großen Bruder, bei dem wir aber nie genau wissen, wie gerade der Kongreß sich mal entscheiden wird, zwingen die Europäer zu eigenen größeren Anstrengungen.

Beinhaltet dies für mich einen antiamerikanischen Effekt? Ganz im Gegenteil, ich halte die Bindung zu Amerika für ungemein wichtig für unsere eigene Sicherheit und für unsere Chancen in der Zukunft. Dennoch muß ich in Europa meine Antwort selbst finden. Es kann keinen Sinn machen zu sagen, wir sind in der Europäischen Union mit soviel Menschen zusammen, haben soviel Einkommen und soviel Erträgen, und zur gleichen Zeit definieren wir unsere eigenen Positionen so, daß wir nicht bereit sind, unsere Beiträge im richtigen Verhältnis zu den USA aufzubringen.

Wir haben noch nicht die politischen Antworten, aber wir sind auf dem Wege, Lösungen anzudenken und vielleicht umzusetzen, die uns Stück für Stück weiterbringen. Wir sind im Bereich der militärischen Zusammenarbeit zwar ein gutes Stück weitergekommen in der ganz konkreten, wie soll ich sagen, Kooperationsstruktur der militärischen Verbände, aber noch nicht bei der Verankerung im Bewußtsein der politischen Führungspersonlichkeiten, die dann die konkrete Umsetzung vorbereiten und sich der Diskussion in der Bevölkerung stellen müssen. Gelingt das, werden wir in einer offenen Diskussion nach meiner Meinung zu Antworten kommen, die für Europa positiv sind. Wie ich eh' davon ausgehe, daß wir bezüglich einer Gesamtstrategie, auch wiederum ausgehend vom Kosovo-Konflikt oder von den Militäractionen auf dem Balkan, je nachdem wie wir es bezeichnen wollen, auch dazu kommen müssen, über ein paar andere Fragen mehr nachzudenken.

Die Weltführungsmacht hat Probleme, einen Großteil ihrer Entscheidungen abzustimmen mit einem Großteil anderer Staaten. Sie möchten gerne möglichst viel bilateral klären. Das kann ich gut verstehen, wenn ich in ihrer Position wäre. Aber wenn ich ein kleinerer Staat wäre und mitlaufen müßte, dann würde ich sehr stark daran

interessiert sein, beteiligt zu werden. Das ist eine Frage der jeweiligen Sichtweise. Aber wir müssen in den Vereinten Nationen mindestens erreichen können, daß wir auf den verschiedenen Kontinenten zu Lösungen und zu Kooperationen kommen. In Europa haben wir die Chance, das über die OSZE, die Nachfolgeorganisation der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zu erreichen.

Fast alle europäischen Staaten sind da Mitglied, bündnisgebundene und freie, Nuklearmächte und Nicht-Nuklearmächte, und es existiert sogar noch die Verbindung mit Amerika und Kanada, alles in allem eine komfortable Position, von der aus wir anstatt in der großen Organisation der Staatenwelt in Europa selbst eine eigenständige Politik entwickeln können - nicht gegen die Weltgemeinschaft, aber doch mit einer eigenständigen Betonung.

Das gleiche ist auch in Afrika möglich, über die Organisation der afrikanischen Staaten, der OAU, allerdings unter einer Bedingung, da diese finanziell nicht so stark ist: Die Stärkeren müssten den OAU-Bereich mit stützen, damit diese Organisation selbst auf dem eigenen Kontinent und nicht frühere Kolonialtruppen die Prozesse der inneren Auseinandersetzungen bewältigen.

Daß es übrigens gerade sehr klug war, in Ost-Timor aufzutreten, würde ich nicht behaupten wollen. Ich bestreite nicht, daß es u.U. politisch mal notwendig ist, Dinge mitzumachen aus Gründen, die vielleicht daran liegen, daß wir Deutschen auf jedenfall in den Sicherheitsrat wollen. Warum weiß ich nicht, aber vielleicht wissen's andere. Ich weiß nur, wenn es den Staaten im pazifischen Raum finanziell nicht möglich gewesen wäre, die Krise allein zu lösen, hätte ich dafür gezahlt. Aber ich kann nicht sehen, wo das europäische Anliegen in Ost-Timor begründet sein soll, mit eigenen Soldaten dort zu stehen.

Ich glaube, der pazifische Raum oder der ostasiatische Raum hätten ihre eigenen Möglichkeiten zur Konfliktregelung, wie die OAS in Lateinamerika auch. Und daß die muslimischen Staaten, jedenfalls die arabischen Staaten, etwas ähnliches versuchen, sehen wir ja auch im Dialog mit Israel.

Kurzum, wir werden mehr zur Differenzierungen kommen, und dann werden wir in den differenzierten Bereichen unsere eigenen Positionen definieren müssen. Und da hat es keinen Sinn, daß wir jedesmal glauben, in Europa müßten wir zu allen Fragen der Welt gleichermaßen Antworten geben.

Ich denke, das wichtigste Problem, das wir haben, ist: Wir brauchen europäische Antworten für Europa. Dann allerdings müssen wir uns auch in die Pflicht nehmen lassen als Teil der Weltgemeinschaft, dort materiell und sozial zu helfen, wo es um Hilfe geht.

Aber die Chance von Europa heute ist das, was eigentlich Europa früher einmal ausmachte. Sie liegt nicht in den Strukturen imperialer Macht, sondern im Prozeß der geistigen Erneuerung, im Technologischen, im Kulturellen, im Wissenschaftlichen, meinestwegen auch im Wirtschaftlichen, dort Beispiele zu geben und dort zu helfen, wo es anderen schwerer fällt.

Diese Welt braucht Gemeinschaft, aber sie braucht nicht unbedingt Vormundschaft. Und von daher gibt es Perspektiven.

Ich sage Ihnen, ich bin trotz all der Dinge, die ich erlebt habe, überzeugt, daß wir mit Ausnahme des Kosovo in anderen Teilen von Süd-Ost-Europa konkrete und reale Chancen zum Frieden haben, dann, wenn wir auch materiell die Wege ebnen.

Auf diesem Wege befinden wir uns gerade. Wir sind bereit, eine Menge Geld auszugeben. Auch in den strategischen Positionen des Balkanstabilitätspaktes hat gerade die Bundesregierung, aber nicht nur sie, erhebliche Mittel in Aussicht gestellt, wenn es zu gemeinsamen Lösungen mit den Staaten dort kommt. Wissend, daß die ökonomische Hilfe, die wir zur Verfügung stellen, immer noch billiger ist, als wenn wir wieder Kriege und Flüchtlingsströme finanzieren müssen.

Dies vor Augen: Wir sind auf dem Wege, Lösungen anzudenken, erst in der Sicherheits- dann in der Außenpolitik. Aber ich glaube, daß die Außenpolitik nur dann tragen wird und die Sicherheitspolitik nur dann kräftigend ist, wenn wir eine gemeinsame Antwort darauf finden, wie wir morgen und übermorgen in Europa über das

Schicksal von Europa und der Völker in Europa gemeinsam denken. Wenn wir also die Spaltungen in den Bewußtseinsstrukturen, wie ich die Probleme angehe, allmählich auflösen.

Das geht nicht über Nacht. Sie hat viele Jahrhunderte gedauert, die Spaltung; sie wird nicht morgen beendet sein. Aber Denkstrukturen können neu definiert werden. Ob man sie jetzt bewußt im klassischen Sinne des christlichen Abendlandes oder im Sinne der Aufklärung oder in Form von einer Kombination von Abendland und Humanismus im Sinne von Erasmus von Rotterdam weiterentwickelt, das sind Fragen, jede für sich.

Eins ist jedenfalls auch richtig: Europa wird nicht ein Schmelztiegel sein. Europa wird nicht sozusagen die Vereinheitlichung aller Völker sein, wir werden eine Einheit in Vielfalt sein mit vielen Kulturen, vielen Sprachen, eigenständigen Geschichten der einzelnen Nationen, vielen Entwicklungspositionen, aber wir haben auch gemeinsame Interessen, auch kulturelle und geistige Interessen. Wenn wir die gemeinsam aktivieren können und sie nicht gegeneinander setzen sondern für einander setzen, sind die Chancen, aus Sicherheits- und Außenpolitik auch ein gemeinsames europäisches Konzept wachsen zu lassen, sehr groß. Ich setze darauf, daß das gelingt.

Der Rest liegt jetzt bei den Politikern, was auch immer das heißen mag.